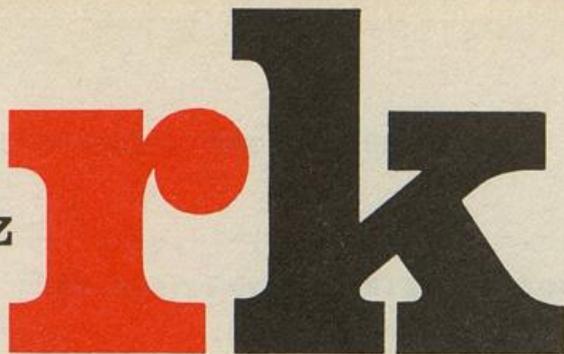


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 12. Februar 1985

Blatt 324

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Hofmann über Gürtelplanung

Kommunal:
(rosa)

Staufstufe Wien: Vorschläge einarbeiten
Zilk: Geschichte gibt uns Verantwortung auf
Stadtssenat: Abgabe auf unvermietete Wohnungen
wird rückwirkend aufgehoben
Terminübersicht vom 13. bis 22. Februar
Neue Studie über Atemwegerkrankungen
Mayr: Nierensteinbehandlung kommt billiger

Lokal:
(orange)

Altdeponien - Erfassung

Nur
über FS:

Drei Wohnungsbrände - Zwei Menschen ins Spital
gebracht

.....
Bereits am 11. Februar 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Hofmann über Gürtelplanung

=++++

10 Wien, 11.2. (RK-KOMMUNAL) "Einige Mandatare der ÖVP haben den Stadtentwicklungsplan für Wien nicht nur abgelehnt, sondern offenbar überhaupt nicht gelesen." Dies bemerkte am Montag Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" zu einer Pressekonferenz der Wiener ÖVP, in der das angebliche "Verwirrspiel" um den Ausbau der Wiener Bundesstraßen kritisiert wurde. Im Stadtentwicklungsplan (Teil 2, Seite 49) heißt es über den beabsichtigten Ausbau des hochrangigen Straßennetzes wörtlich:

"Ausbau des hochrangigen Straßennetzes:

- o Donauuferautobahn
- o Außenring nordöstlich der Donau
- o Außenring im Süden Wiens
- o Westeinfahrt

hinsichtlich des Ausbaues der Wiener Westeinfahrt sind noch wesentliche Entscheidungsgrundlagen offen. Die hier auftretenden Planungsprobleme müssen zusammen mit den offenen Planungsfragen am West- und Südgürtel gesehen werden. Sie sollen mit Unterstützung einer beratenden internationalen Gutachterkommission in einem breit angelegten Planungsprozeß unter Beachtung aller Aspekte und Ideen gelöst werden."

Wie Hofmann unterstrich, entspricht die Stellungnahme des Landes Wien zur ausgesendeten Bundesstraßengesetznovelle voll den Aussagen des Stadtentwicklungsplanes. Bautenminister Sekanina habe auch bereits zugesagt, daß die von der Gürtelkommission behandelten Straßenzüge in der Novelle berücksichtigt werden.

Der umfassende Planungsprozeß für den Gürtel, die Süd- und Westeinfahrt ist inzwischen voll angelaufen. "Dies müßte", sagte Hofmann, "eigentlich auch der ÖVP bekannt sein, da sie der Schaffung der internationalen Gürtelkommission ja selbst im Gemeinderat zugestimmt hat." Die derzeit - bis Ende März - laufende Ideenkonkurrenz fand in der Fachwelt ein bisher noch nie dagewesenes Echo - rund 250 Planer und Planungsteams haben sich die Unterlagen abgeholt. Die Bevölkerung wurde und wird - u. a. in Postwurfsendungen - eingeladen, am Planungsprozeß mitzuwirken. Hofmann: "Darüber wurde auch in allen Zeitungen berichtet. Nur der ÖVP ist das alles offenbar völlig unbekannt." (Schluß) ger/gg

Altdeponien - Erfassung

=++++

3 #Wien, 12.2. (RK-LOKAL) Um eine eventuelle Gefährdung des Grundwassers durch alte und oft schon fast vergessene Deponien zu verhindern, wurde auf Initiative von Umweltstadtrat Helmut BRAUN in einer eigenen Aktion die Bevölkerung um Mithilfe bei der Suche nach alten Deponien gebeten. Gleichzeitig wurde auch die Deponienerfassung durch die Stadt Wien selbst verstärkt. Bis heute konnten so insgesamt 174 Altdeponien gefunden werden, die nun zunächst auf eventuelle Überschneidungen und dann sofort auf ihre Auswirkungen auf das Grundwasser überprüft werden. Vorrang haben dabei Deponien in jenen Bereichen, bei denen Grundwasser noch als Trinkwasser genutzt wird: hier müssen sowohl Untersuchungen als auch - falls nötig - Sanierungsmaßnahmen raschest durchgeführt werden. Das betonte Umweltstadtrat Helmut Braun Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.#

Die meisten Altdeponien wurden aus dem 21. und 22. Bezirk gemeldet, einzelne Ablagerungen dürfte es aber auch im 2., 10., und 23. Bezirk geben. Dabei handelt es sich nicht allein um Mülldeponien, sondern auch um Ablagerungen von Aushubmaterial, Bauschutt usw. Die 174 bekannten Deponien werden nun auf eventuelle Doppelmeldungen verglichen. Ebenso wird vorrangig in Gebieten ohne öffentliche Wasserversorgung mit der Untersuchung des Grundwassers begonnen, um eventuelle Verunreinigungen durch alte - legale oder illegale - Deponien feststellen und Sanierungsmaßnahmen durchführen zu können.

Im 21. und 22. Bezirk besteht außerdem derzeit im Grundwasserstrom ein Meßnetz mit 73 Untersuchungsstellen, die chlorierte Kohlenwasserstoffe, Ammonium, Nitrat und Nitrit messen. Weitere derartige Netze - als nächstes eines im 2. Bezirk - sind geplant. Zusätzlich zu diesem Beobachtungsnetz werden natürlich auch gezielte Grundwasseruntersuchungen bei Deponien durchgeführt - etwa bei den "Hufteichen" an der Wagramer Straße, natürlich bei den bereits bekannten Verunreinigungen durch Bor und Ammonium bzw. Tri- und Perchloräthylen und bei alten Gruben im 22. Bezirk. Teilweise war dabei keine Grundwasserbeeinträchtigung gegeben, teilweise wurden allerdings auch erhöhte Nitrit-, Nitrat- bzw. Ammoniumwerte nachgewiesen. In manchen Fällen sind Auswirkungen der Deponie nicht auszuschließen. (Schluß) hs/ko

Staustufe Wien: Vorschläge einarbeiten (1)

=++++

4 #Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) Eine Checkliste mit den im Zusammenhang mit der Staustufe Wien zu klärenden Fragen werden die betroffenen Magistratsabteilungen in der nächsten Zeit erhalten. Damit sollen die Vorschläge der verschiedenen Dienststellen rechtzeitig berücksichtigt werden. Selbstverständlich wird sich auch die Ökologiekommission mit dem Projekt des Kraftwerks Wien beschäftigen: das betonte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeister. Vor dem Bau des Donaukraftwerks Wien müssen jedenfalls das Entlastungsgerinne, die Neue Donau, und das Wehr II (ohne besondere Forcierung für 1987 geplant) fertig sein. Bis zum Aufstau in Wien müssen der Bau des Grundwasserwerks Donauinsel Nord als Ersatz für Nußdorf, Maßnahmen in Zusammenhang mit dem Grundwasserhaushalt im 2. und 20. Bezirk - wobei durch die Staustufe Wien Verbesserungen des Grundwasserhaushalts im Prater und auf der anderen Seite Verbesserungen für die Lobau möglich sind -, der weitere Ausbau des rechten Donaudamms sowie die Hebung der Ostbahnbrücke, der Schnellbahnbrücke unterhalb der Floridsdorfer Brücke und der Praterbrücke durchgeführt sein.#

Das Kraftwerk selbst soll in Verlängerung der Freudenufer Hafensbrücke entstehen und in Naßbauweise errichtet werden. Das bedeutet, daß während der Bauarbeiten - da die Donau eingeschnürt wird - häufiger als jetzt Donauwasser in die Neue Donau gelangen wird. Vor Baubeginn des Kraftwerkes müssen die Neue Donau und das Wehr II fertig sein, um bei höheren Wasserständen die Wasserabfuhr zu ermöglichen.

Auf der Donauinsel selbst wurde bereits mit dem Bau des ersten Brunnens für das künftige Grundwasserwerk Donauinsel Nord begonnen. Dieses Grundwasserwerk wird das Grundwasserwerk Nußdorf, welches nach dem Aufstau nicht mehr betrieben werden kann, ersetzen.

Ebenfalls wurden bereits Dichtmaßnahmen zur Sicherung des Grundwasserhaushalts im 2. und 20. Bezirk begonnen. Beim rechten Donaudamm wird dazu ein sogenanntes "Schmalwand-Kastensystem" gebaut. Hinter den wasserdurchlässigen Schmalwänden in der Erde kann der Grundwasserspiegel im "Hinterland" reguliert werden. Wesentliche Vorteile kann dieses System vor allem für den Prater, der unter niedrigen Grundwasserständen leidet, bringen - durch die Möglichkeit, den Wasserspiegel wieder anzuheben und so den Grundwasserhaushalt zu verbessern. (Forts.) hs/gg

Staustufe Wien: Vorschläge einarbeiten (2)

=++++

5 Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) Im 21. und 22. Bezirk dagegen gibt es kaum wesentliche Auswirkungen auf den Grundwasserhaushalt, da die Neue Donau auch nach Aufstau Wien, so wie derzeit, stabilisierend wirkt. durch den Aufstau der Donau wird jedoch die Dotation des Alarmsystems der Lobau mit 3 m³ Wasser pro Sekunde ermöglicht; außerdem kann möglicherweise auch die Alte Donau besser mit Wasser versorgt werden.

Die Wasserqualität im Stausee selbst muß zumindest Güteklasse II erreichen. Diese Güteklasse ist in der Donau beim Eintritt in Wien derzeit vorhanden. Durch entsprechende Abwasserreinigungsanlagen der Gemeinden oberhalb Wiens soll diese Wasserqualität in den kommenden Jahren weiter verbessert werden (zu den großen Problemen zählt hier übrigens u.a. die Tullner Zuckerfabrik).

Nötig ist außerdem der weitere Ausbau des rechten Donaudamms. Bei den vorhandenen Anlagen des Hochwasserschutzes müssen, soweit die vorgesehene Staustufe Wien nicht ohnehin schon berücksichtigt werden konnte, noch einige Uferbereiche umgebaut werden.

Weitere Maßnahmen und Überlegungen in Zusammenhang mit der Staustufe Wien sind unter anderem:

- o die Nordbahnbrücke (Schnellbahnbrücke der ÖBB) muß um 1,2 Meter gehoben werden
- o die Ostbahnbrücke (ebenfalls ÖBB) muß um 4 Meter gehoben werden, wobei die Frage "Heben oder Neubau" noch offen ist
- o die Praterbrücke (Bundesbrücke in Verwaltung der Stadt Wien) muß um 1,49 Meter gehoben werden.

In Zusammenhang mit den Brücken können auch gleich einzelne Verkehrsfragen (Erweiterung der Praterbrücke auf vier Spuren, Verbesserungen für Fußgänger und Radfahrer bei der Ostbahnbrücke usw.) geprüft werden. Derzeit wird an einer entsprechenden Checkliste gearbeitet, die alle Gesichtspunkte aufzeigen soll.

Die Dotation der Lobau, ein Projekt, das bekanntlich ursprünglich in Zusammenhang mit den Maßnahmen beim Bau von Hainburg erarbeitet wurde, soll übrigens unabhängig vom Bau eines Kraftwerks unterhalb Wiens durchgeführt werden. Das entsprechende naturschutzbehördliche Verfahren zur Belebung des Alarmsystems wird bereits durchgeführt. Vorgesehen ist jedenfalls eine Abdichtung beim Uferhaus, mit der das Eindringen alter Verunreinigungen im Bereich des Ölhafens in das Grundwasser verhindert werden kann. Der Stausee in Wien selbst hat keine Auswirkungen auf die Lobau, sieht man von der eigens geschaffenen Dotierungsmöglichkeit ab. (Schluß) hs/bs

SPERRFRIST 17 UHR!

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Zilk: Geschichte gibt uns Verantwortung auf

=++++

6 Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) Wenn auch die Tage um den Februar 1934 nur das Vorspiel zu einer noch weit größeren Tragödie waren, so hat doch kaum ein Ereignis in der Geschichte der österreichischen Republik so tiefe Wunden hinterlassen wie dieser kurzer Zeitraum, erklärte Wiens Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Dienstag bei der Umbenennung des Heiligenstädter Platzes beim Karl-Marx-Hof in 12.-Februar-Platz. Diese Umbenennung sollte nicht alte, endlich verheilte Wunden aufreißen, betonte Zilk, sondern den damaligen Ereignissen Rechnung tragen und einen Anstoß dazu geben, alles zu vermeiden, was ähnliche Ereignisse wieder heraufbeschwören könnte. Die Erinnerung gelte aber nicht nur in tiefer Trauer und Bestürzung jenen hunderten Toten und neun standrechtlich Gehenkten jener furchtbaren Tage, sondern in Stolz der Tatsache, daß Wiens Arbeiterschaft die erste Bewegung in Europa war, die dem aufstrebenden Faschismus Widerstand geleistet hatte. Das Urteil über jene Tage habe die Zeitgeschichte gesprochen, schloß Zilk, die heutige Generation sei nun aufgerufen, Konflikte nicht auf die Spitze zu treiben, sich auch über Gräben immer wieder rechtzeitig die Hand zu reichen und die Versöhnung an die Stelle des Hasses zu setzen. Denn die Geschichte sei nicht nur etwas, dem sich niemand entziehen könne, die Geschichte gebe jedem Einzelnen auch die Verantwortung auf, unter allen Umständen aus ihr zu lernen. (Schluß)

rö/ko

NNNN

Stadtssenat: Abgabe auf unvermietete Wohnungen wird rückwirkend aufgehoben

=++++

7 Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR teilte am Dienstag dem Wiener Stadtssenat mit, daß die Abgabe auf unvermietete Wohnungen wegen Nichtdurchführbarkeit rückwirkend aufgehoben werde. Er bekenne sich nach wie vor zu dem Versuch, zu verhindern, daß leerstehender Wohnraum auf Jahrzehnte gehortet werde. Nur habe sich keine Möglichkeit ergeben, den Begriff einer leerstehenden Wohnungen beweisbar zu definieren. Der Energieverbrauch als Maßstab wäre gerade im Bezug auf ältere Menschen, die bewußt sparen, unsozial, sagte Mayr. Auf die Wortmeldung von Vizebürgermeister Busek (öVP), es täte ihm leid, daß durch die Zurückziehung eines nichtsinnvollen Gesetzes der Gesetzesstaat in ein schiefes Licht komme, meinte Bürgermeister Dr. Helmut Zilk, er könne dieses Argument nicht teilen. Auch wenn eine Maßnahme von einer Körperschaft nach bestem Wissen und Gewissen eingeführt werde, können besondere Umstände neue Voraussetzungen schaffen, die zu berücksichtigen sind. Überdies sei niemand unfehlbar und man müsse daher auch den Mut haben, seine Meinung zu ändern, wenn dies notwendig würde. Er würde sich wünschen, daß dieses manchmal auch von der Opposition zugegeben werde, sagte Zilk.

Zwtl.: Fessel-Bronchitis-Umfrage nicht aussagekräftig

In Reaktion auf die gestrige Pressekonferenz von Vizebürgermeister Busek erklärte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher dem Stadtssenat, daß die vom Fessel-Institut vorgelegte Befragung von Kinderärzten über zunehmende Bronchitisfälle medizinisch keinesfalls als haltbar und aussagekräftig bezeichnet werden könnte. Vizebürgermeister Busek erklärte daraufhin, es sei in seiner Pressekonferenz ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Aussagekraft dieser Umfrage nur begrenzt sei. (Schluß) r6/gg

NNNN

Terminübersicht vom 13. bis 22. Februar (1)

=++++

8 Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 13. bis 22. Februar 1985 hat die "RATHAUSKORRESPONDENZ" folgende Termine vorgemerkt:

MITTWOCH, 13. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz "Literatur im März" (Stadtrat Mrkvicka)
(Museum für angewandte Kunst, 1, Stubenring 5)

DONNERSTAG, 14. FEBRUAR:

10.00 Uhr, Überreichung des Großen Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um das Land Wien an Stadtrat a. D. Komm.-Rat Otto Pelzelmayr und des Großen Silbernen Ehrenzeichens für Verdienste um das Land Wien an den Abgeordneten zum Nationalrat a. D. Josef Kostelecky durch Bürgermeister Dr. Zilk (Steinerner Saal I, Rathaus)

11.00 Uhr, Pressekonferenz Stadtrat Friederike Seidl über "Landesstatistikgesetz" (PID)

11.00 Uhr, Eröffnung der Billroth-Ausstellung durch Stadtrat Stacher (Vamed-Info-Center, 9, Währinger Gürtel, gegenüber der Neurochirurgischen Universitätsklinik)

FREITAG, 15. FEBRUAR:

17.00 Uhr, Preisverleihung Familiensonntaggewinnspiel durch Stadtrat Ingrid Smejkal (Rathaus)

DIENSTAG, 19. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressekonferenz des Bürgermeisters

15.00 Uhr, Überreichung des Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um das Land Wien an Dipl.-Ing. Peter Landesmann, Honorargeneralkonsul, und DDr. Peter Wehle durch Bürgermeister Dr. Zilk (Steinerner Saal I, Rathaus)

MITTWOCH, 20. FEBRUAR:

11.00 Uhr, Pressekonferenz Stadtrat Smejkal und Stadtschulratspräsident Matzenauer über "Internationales Jahr der Jugend: Schule" (PID)

14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Stadtentwicklung und Stadterneuerung
(Forts.) ger/gg

Terminübersicht vom 13. bis 22. Februar (2)

=++++

9 Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL)

DONNERSTAG, 21. FEBRUAR:

9.30 Uhr, Eröffnung eines Kindertagesheimes durch Stadtrat Smejkal
(21, Oswald-Redlich-Gasse 36/Stiege 5)

11.00 Uhr, Presseführung "Josephinische Pfarrgründungen"
(Historisches Museum der Stadt Wien)

19.00 Uhr, Pressekonferenz Stadtrat Mrkvicka "2. Wiener Frühlings-
marathon und -lauf" am 31. März 1985 (Hotel
Intercontinental)

FREITAG, 22. FEBRUAR:

ab 9.00 Uhr, Gemeinderat und Landtag
(Schluß) ger/gg

NNNN

Neue Studie über Atemwegserkrankungen (1)

Utl.: Luftverschmutzung zurückgegangen

=++++

10 #Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) Das Gesundheitsamt der Stadt Wien hat vor kurzem in Zusammenarbeit mit dem Institut für Umwelthygiene und der Universitätsklinik mit der Durchführung einer Studie über Atemwegserkrankungen begonnen. Im Rahmen dieser Studie werden Kinder in Gebieten sowohl mit starker als auch mit geringer Luftschadstoffbelastung auf Atemwegserkrankungen untersucht. Dies erklärte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag im Rahmen des Bürgermeister-Pressegespräches.#

Entsprechend dem Luftgütekataster für Wien werden dafür vier völlig verschiedenartige Gebiete ausgewählt. Vorgesehen ist, insgesamt 800 Vorschul- und Volksschulkinder auf die Häufigkeit von Bronchitiserkrankungen zu untersuchen. Diese Untersuchungen werden zum gleichen Zeitpunkt erfolgen, um eine Verfälschung und Beeinflussung der Ergebnisse durch unvorhergesehenes gehäuftes Auftreten von Grippeerkrankungen oder durch verstärkten Anfall von allergischen Pollen möglichst auszuschalten. Zum Unterschied von gestern, Montag, im Rahmen eines Pressegespräches vorgestellten Untersuchung des Fessel-Institutes handelt es sich, wie der Gesundheitsstadtrat betonte, um eine seriöse medizinische Untersuchung.

Zwtl.: Regelmäßige Untersuchungen

Stacher betonte bei dieser Gelegenheit, daß das Gesundheitsamt seit nahezu zwanzig Jahren regelmäßige Untersuchungen über Atemwegserkrankungen durchführt. So etwa im Jahr 1966, im Rahmen der "Wiener Gesundheitsstudie 1979" und zuletzt im Jahre 1983. In keiner dieser Untersuchungen wurden dabei Bronchitiserkrankungen festgestellt, die wohnortbedingt waren. Der Gesundheitsstadtrat wies ferner auf den Umstand hin, daß gerade in den letzten Jahren die Luftverschmutzung in Wien deutlich zurückgegangen ist. Seiner Meinung nach wäre es vernünftiger, die Bevölkerung verstärkt zu informieren statt durch "mediengerechte Aussagen" zu verunsichern.
(Forts.) zi/gg

NNNN

Neue Studie über Atemwegerkrankungen (2)

Utl.: Braun: Luftqualität ist besser geworden

=++++

11 Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) Zur Frage der Luftgüte wies Stadtrat Braun darauf hin, daß die Luftqualität in Wien in den letzten Jahren nachweislich besser geworden ist. "Selbstverständlich muß aber auch weiter alles unternommen werden, um eine weitere Verbesserung zu erreichen", sagte Braun. Natürlich gebe es in den einzelnen Bezirken unterschiedliche Belastungen, die u.a. von Windgeschwindigkeit, Windrichtung, Ausstoß der Emittenten usw. abhängen.

Dipl.-Ing. LÖFFLER von der Umweltabteilung betonte, daß allein der Luft-Mittelwert des Winterhalbjahres 83/84 unter dem Jahresmittelwert des Jahres 1981 bzw. 82 liegt. Nichts zeige deutlicher die Abnahme der Schadstoffkonzentrationen, sagte Löffler. Der Mitarbeiter der Umweltabteilung wies auch darauf hin, daß es kein Gerät zur kontinuierlichen Schwermetallmessung gibt, derartige Messungen aber derzeit in Zusammenhang mit den Gemüseuntersuchungen bzw. Untersuchungen rund um die Straßen und die EBS mittels Probeneinsammlung durchgeführt werden. (Schluß) hs/ko

NNNN

Stadtsenat: Abgabe auf unvermietete Wohnungen wird rückwirkend aufgehoben (2)

Utl.: öVP war immer gegen dieses Gesetz

=++++

12 Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) Da die Meldung über die rückwirkende Aufhebung der Abgabe auf leerstehende Wohnungen Anlaß zu Mißverständnisses geben könnte, stellt die "RATHAUSKORRESPONDENZ" fest, daß die öVP-Fraktion im Wiener Stadtsenat am Dienstag an ihrer grundsätzlichen Ablehnung dieses Gesetzes festgehalten hat. Die öVP-Zustimmung konnte sich daher nur auf die RÜCKNAHME der Abgabe für unvermietete Wohnungen beziehen. (Schluß) rö/ko

NNNN

Mayr: Nierensteinbehandlung kommt billiger

Utl.: Kein Selbstbehalt für Patienten

=++++

13 #Wien, 12.2. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien wird für die Behandlung mit dem Nierensteinzertrümmerer rund 14.000 Schilling pro Patient bezahlen, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Das ist jener Betrag, der für die Stadt Wien schon bisher bei einer Behandlung nach der herkömmlichen Methode anfiel. Wenn die Sozialversicherungen gleich verfahren und Kosten in der bisherigen Höhe übernehmen, so Mayr, braucht es zu keinem Selbstbehalt für die Patienten kommen. Beispiele aus den bestehenden Nierenzentren in Deutschland haben gezeigt, daß die Behandlung mit dem Nierensteinzertrümmerer auf jeden Fall kostengünstiger ausfällt als die herkömmliche Methode.#

Zwtl.: Kein Bruch des KRAZAF

Die Stadt Wien hat bei den Verhandlungen um den Krankenanstaltenszusammenarbeitsfonds (KRAZAF) die Karten offen auf den Tisch gelegt, betonte Mayr weiter. Die Absicht, den Nierensteinzertrümmerer im Rahmen eines privaten Spitales aufzustellen, wurde während der Verhandlungen deutlich ausgesprochen und von den Verhandlungspartnern zur Kenntnis genommen. Die Behauptung des Generaldirektors der Wiener Gebietskrankenkasse, Hofrat Dr. PASCHER, die Sozialversicherungen würden bis 1987 drei Milliarden für die medizinische Spitzenversorgung zur Verfügung stellen, ist falsch. Im Vertrag sind dafür jährlich 80 Millionen für ganz Österreich vorgesehen.

Auf die Frage, wie es nun weitergehen werde, antwortete Mayr, er hoffe, daß es nun endlich zu Gesprächen und Verhandlungen komme. Sollte Pascher seine Ankündigung, die Kosten für den Patienten zu übernehmen, die Stadt Wien jedoch später rechtlich zu belangen, wahr machen, sei ihm das recht, meinte Mayr. Der Patient würde dann ordentlich und nach modernsten Erkenntnissen behandelt, dem Rechtsstreit zwischen den Institutionen sehe er gelassen entgegen, betonte Mayr. (Schluß) sei/gg